

verständnis der »SED als Staatspartei« in dem in Hannover erschienenen Band wird man angesichts seiner wenig präzisen Einführung lediglich als anregendes Lesebuch empfehlen können. Für eine intensivere Beschäftigung hat er dankenswerterweise eine ziemlich umfängliche Bibliographie beigegeben, die vor allem auch aktuelle Spezialliteratur aus der DDR umfaßt.

Arnold Sywottek

Dietmar Kreusel, Nation und Vaterland in der Militärpresse der DDR
(= Militärpolitische Schriftenreihe 4), Seewald Verlag, Stuttgart 1971,
305 S., Pb., 18 DM.

»Allein dadurch, daß die Volksarmee der DDR national genannt wird [...], ist der von ihr zu leistende proletarisch internationalistische Beitrag zum Schutze des Sozialismus ausreichend charakterisiert: Die Sozialisierung ganz Deutschlands über die Brücke der Nation« (S. 271). Das ist die vielleicht entscheidendste Schlußfolgerung, die der Autor aus seiner mit »scholastischer Akribie« (S. 27) ausgeführten Analyse der politischen Semantik der SED zieht. Wie man sich diesen Vorgang vorzustellen habe, bleibt allerdings offen. Angeführt werden Aufgabenstellungen wie: die NVA habe »dafür zu sorgen, daß sich Widerstandsbewegungen gegen den aggressiven westdeutschen Militarismus entfalten können; der Klassenkampf in Deutschland siegreich beendet wird, indem die westdeutschen Revanchisten und Ultras geschlagen bzw. die Hauptgegner in Deutschland die deutschen Imperialisten — Militaristen gegebenenfalls auf ihrem eigenen Territorium vernichtet oder geschlagen werden« (S. 272). Belegt wird diese Zusammenfassung mit Verweisen auf einzelne Seiten nicht angegebener Beiträge in der Militärpresse der DDR der Jahre 1957 bis 1965. Die Behauptungen, die NVA werde »auf die Erfüllung aller der ihr gestellten klassenkämpferischen Aufgaben sorgfältig vorbereitet« und in »annähernd jedem Beitrag der Militärpresse« würden »Teilaspekte des militärischen Kampfauftrages besprochen und entsprechende praktische Anweisungen erteilt«, werden nicht an einem einzigen Beispiel konkretisiert, sondern mit einem Zitat aus der Zeitschrift »Militärpolitik« über Ziele und Formen der »Wehrhaftigkeit der Arbeiterklasse« belegt, wobei wiederum behauptet wird, die militärpolitische Praxis in der DDR leiste den hier formulierten Anforderungen genüge (S. 272). Solch ein Zirkelschluß ist nicht das Resultat einer vordergründig polemischen Kampfschrift, sondern einer — wie auf dem Umschlag zu lesen ist — »hochqualifizierten wissenschaftlichen Arbeit«.

Ziel des Autors ist es, »die Deutschlandpolitik der SED von innen heraus, d. h. systemimmanent von ihren Prämissen her und im Hinblick auf ihre Konsequenzen transparent zu machen« (S. 116). »Prämissen« sind in diesem Zusammenhang als rein begriffliche Setzungen zu verstehen; als »logische Deduktion« wird ein Vorgehen beschrieben, das angeblich »marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaften eigentlich immer anwenden müssen« (S. 24) und das der Verfasser sich offenbar gezwungen sieht zu übernehmen, um immanent zu analysieren. Daß systemimmanente Interpretation von politischen Zusammenhängen nicht heißen darf, auch die weitgehend der Rechtfertigung des Herrschaftssystems dienenden Interpretationsmethoden zu übernehmen, scheint dem Autor nicht aufgegangen zu sein — es sei denn, er wollte diese Methoden ad absurdum führen, was angesichts des heutigen Niveaus der Gesellschaftswissenschaften in der DDR allerdings in dieser Form nicht mehr nötig ist, da die Phase einer derartigen Praxisferne der Wissenschaft dort weitgehend überwunden ist. Jahrzehntelange Bemühungen um Theorien der politisch-soziologischen Inhaltsanalyse, speziell zum Zweck der Aufschlüsselung von Texten aus den kommunistisch beherrschten Ländern, werden ignoriert; statt dessen wird ein in sich geschlossenes System des Marxismus-Leninismus unterstellt, das allenfalls während der Zeit des Hochstalinismus

von Kommunisten und von bestimmten theologisch-philosophischen Systemen her denkenden Antitotalitaristen geglaubt würde. Nichts gegen scholastische Übungen — als heuristische Bemühungen haben sie zweifellos eine Berechtigung. Doch sollten aus ihren Ergebnissen nicht explizit oder implizit unvermittelt praktische Konsequenzen gefordert werden. Wenn der Autor zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die SED an einem klassenspezifischen Begriff der Nation festhält, der diese nicht an Elbe und Werra enden läßt, trifft das sicher in programmatischer Hinsicht zu. Um allerdings die politische Relevanz derartiger grundsätzlicher programmatischer Festlegungen zu bestimmen, wäre eine historisch-politische Untersuchung notwendig gewesen, auf die der Autor verzichten zu müssen glaubt (S. 24 ff.). Denn daß in der DDR der Begriff des Nationalen in der Programmatik und Propaganda eine im Vergleich zu den anderen Ländern des sozialistischen Lagers außergewöhnliche Rolle spielt, ist nur historisch erklärbar und bei einigem Bemühen auch heute noch politisch begründbar. Daß die Konföderationspläne Ulbrichts im Rahmen der Politik der friedlichen Koexistenz primär dazu dienen sollten, Herrschaftsansprüche der SED über ganz Deutschland eher zu verwirklichen als die zuvor verfolgten Wiedervereinigungspläne, scheint angesichts der aus den jeweiligen Konzeptionen für die DDR abgeleiteten politischen und ökonomischen Konsequenzen allein das Ergebnis rabulistischer Spekulation. Honeckers Abgrenzungstheorie wäre danach der jüngste »Sozialisierungs«-Versuch seitens der SED.

Zwar registriert der Autor, daß die SED bei aller Betonung des Nationalen auf die Sicherung des politischen und sozialen Systems der DDR bedacht ist, doch die von ihm vorgenommene Reduktion des Marxismus-Leninismus auf eine spekulative Dialektik, die völlige Außerachtlassung des historischen Materialismus und damit die Ignoranz gegenüber der immer auch situationsbedingten Politik und ihrer Eigendynamik — marxistisch-leninistisch gesprochen: die Ignoranz gegenüber der schöpferischen Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus — geben dem Autor keine Unterscheidungskriterien zur Beurteilung von Aktualität, Nuancierung und Bezug politischer Äußerungen und ihrer Funktion für eine Prioritätenfolge an die Hand, die für eine praxisbezogene Analyse unerlässlich sind.

Niemand wird die grundsätzliche marxistisch-leninistische Bereitschaft zur Ausdehnung des kommunistischen Herrschaftsbereiches bezweifeln wollen — ebenfalls nicht die entsprechende grundsätzliche Bereitschaft im »Westen« zur Ausdehnung des Kapitalismus —, niemand wird leugnen, daß der SED im Hinblick auf Deutschland dabei das Instrument des Nationalismus als Integrationsideologie helfen könnte, doch es dürfte angesichts der Konstellation der politischen, ökonomischen und militärischen Potentiale in Ost und West seit Gründung der beiden deutschen Staaten unbestreitbar sein, daß die SED in der DDR — auch immanent gesehen — eine primär defensive Politik betrieben hat.

Arnold Sywottek

Horst Siebert, Erwachsenenbildung in der Erziehungsgesellschaft der DDR. Zur Geschichte und Theorie der sozialistischen Erwachsenenbildung, Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1970, 335 S., geb., 38 DM.

Wir haben uns daran gewöhnt, die Erwachsenenbildung als ein Teilgebiet der Erziehungswissenschaft zu betrachten. Dennoch paßt sie in das traditionelle Denkschema der »Pädagogik« nicht recht hinein, das von einem Bildungsgefälle zwischen (älterem) Erzieher und (jüngere) Zögling ausgeht. Erst in neuerer Zeit ist im Westen durch den Begriff der permanenten Erziehung eine theoretische Einordnung der Erwachsenenbildung in die Erziehungswissenschaft angebahnt, doch schreibt Schulenberg noch 1964: »Während der Schule die Aufgabe und die Möglichkeit gegeben sind, unter didak-